

Die CDU handelt – Zukunftschancen der Jugend

Die parlamentarische Arbeit des Bundestages im neuen Jahr wurde eröffnet mit der Beratung eines Antrages der CDU/CSU zu den „Zukunftschancen der jungen Generation“.

Vorausgegangen war ein Beschluß des Bundesparteitages im März 1977, der die Bundespartei aufforderte, das Thema Zukunftschancen der Jugend intensiv zu bearbeiten und dem Bundesausschuß der Partei eine detaillierte Beschlußvorlage vorzulegen. Ein Expertengespräch am 22. Juni 1977 gab der Partei die Möglichkeit, ein breites Meinungsspektrum zu diesem Thema zu hören. Sachverständige und Vertreter betroffener Institutionen und Verbände kamen zu Wort. Die Fachausschüsse der Partei für Kulturpolitik und für Jugendpolitik befaßten sich mit diesem Thema und bereiteten den Kongreß „Zukunftschancen der jungen Generation“ am 21./22. Oktober 1977 in Hamburg vor. Ziel des Kongresses war es, verschiedene Politikbereiche, die Einfluß haben auf die Zukunftschancen der jungen Generation, zusammenzuführen, um ein abgestimmtes Programm entwickeln zu können. Es wurden daher nicht nur Bildungs- und Berufsprobleme diskutiert, sondern auch Fragen der Bevölkerungsentwicklung der Familien-, Jugend- und Sozialpolitik. Die einzelnen Arbeitskreise befaßten sich mit den Themen „Ausbildung und Arbeitsmarkt“, „Mehr Chancen durch ein begabungsgerechtes Schulsystem“, „Die Familie — entscheidend für Zukunft und Jugend“, „Solidarität zwischen den Generationen — Grundlagen sozialer Sicherheit“ und „Verantwortung und Freiheit — Ziel unserer Jugendpolitik“.

Die Bundesfachausschüsse Kulturpolitik und Jugendpolitik erarbeiteten auf der Grundlage dieser umfassenden Diskussion eine Beschlußvorlage, die am 12. Juni 1978 vom Bundesausschuß verabschiedet wurde. Mit diesem Programm verfügt die CDU/CSU als erste der großen Parteien über eine Aussage, die Zukunftsperspektiven für die Jugendlichen eröffnet. Vorausgegangen waren in vielen Landesverbänden der CDU-Programmbeschlüsse zu diesem Thema, konkrete Maßnahmen der CDU-geführten Landesregierungen und ein detailliertes Programm, das die Junge Union am 20./21. Mai 1978 verabschiedet hatte.

Initiative im Bundestag

Bereits wenige Wochen nach Verabschiedung des Programms „Der Weg in eine gesicherte Zukunft“ durch den Bundesausschuß der CDU hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dieses Programm in eine konkrete parlamentarische Initiative umgesetzt. In ihrem Antrag vom 15. August 1978 zu den „Zukunftschancen der Jugend“ erhob sie zur Lösung der anstehenden Probleme u. a. folgende Forderungen:

1. *Einordnung der Bildungspolitik in den politischen Gesamtrahmen mit dem Ziel, die Grundlinien der Bildungs-, Wirtschafts-, Forschungs-, Technologie- und Arbeitsmarktpolitik in Übereinstimmung zu bringen.*

Der bildungspolitische Sprecher der Union, Pfeifer, erläuterte bei der Begründung des Antrages, daß die Bundesregierung eine Reihe von Fehlentwicklungen zu verantworten habe: Die Tatsache, daß der ursprünglich einmal vorhanden gewesene Grundkonsens zwischen allen Parteien im Bildungswesen aufgegeben und die beiden Koalitionsparteien versucht haben, Schulen und Hochschulen zur Durchsetzung von gesellschaftspolitischen Zielen zu mißbrauchen. Dieser Versuch sei zwar bundesweit am Widerstand der Betroffenen, insbesondere am Widerstand der Eltern, Lehrer und Hochschullehrer zerbrochen.

Aber niemand könne bestreiten, daß die junge Generation die Zeche gezahlt habe, wenn der Kampf um eine andere Gesellschaftsordnung auf Jahre hinweg in einigen Bundesländern das zentrale Thema der Schulpolitik gewesen sei.

Die zweite Fehlentwicklung sah Pfeiffer in der Überbetonung von Wissenschaft und Theorie in allen Bildungsbereichen und in der gleichzeitigen Vernachlässigung des Bereichs der praktischen Erfahrung wie sie im Bildungsbericht 70 der SPD/FDP-Bundesregierung angekündigt waren. Das mußte jedem jungen Menschen Nachteile bringen, der vor allem praktische Fähigkeiten mit auf die Welt gebracht hat.

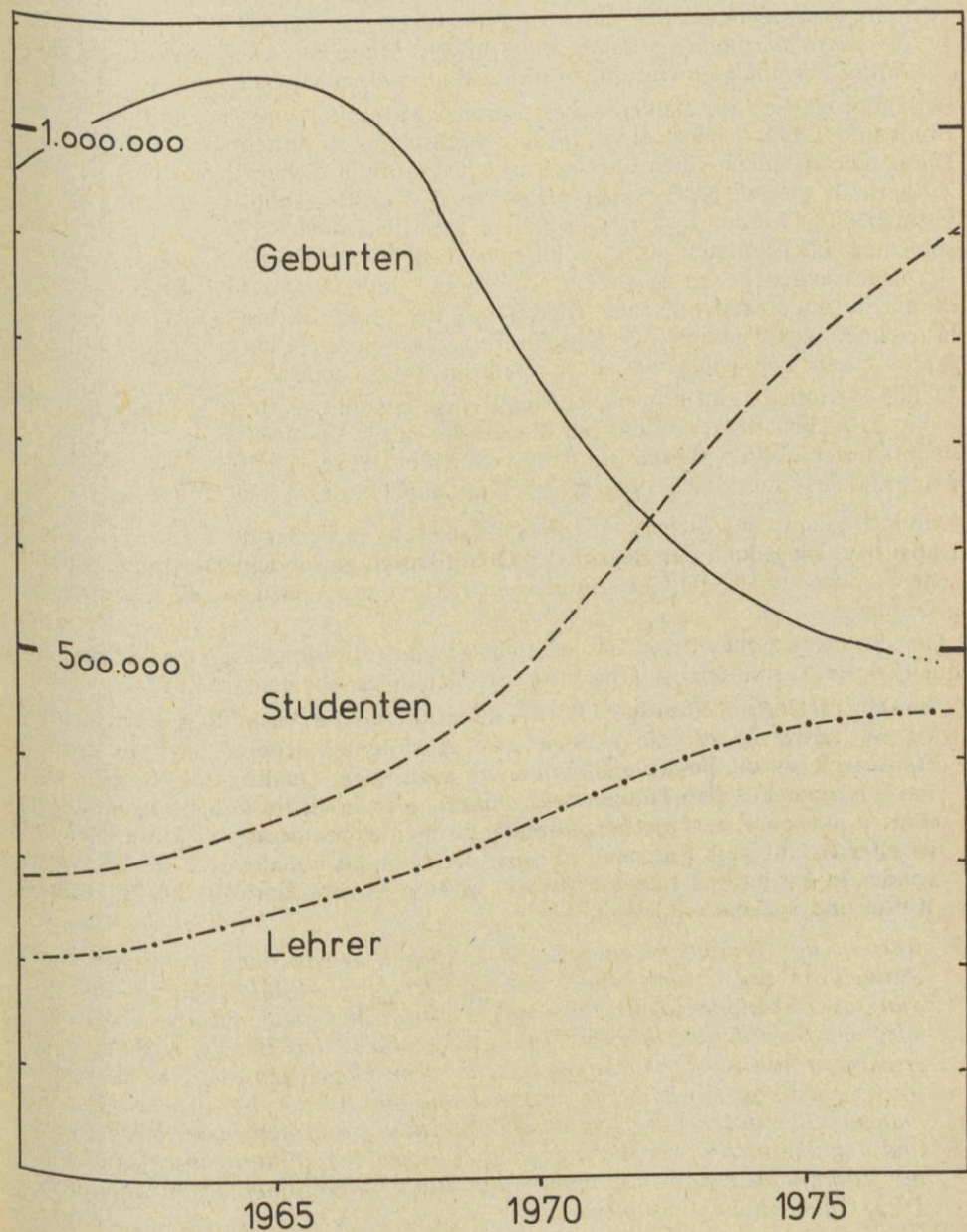
Ein weiterer Fehler der Bundesregierung war es, daß sie bei der Entwicklung des Bildungswesens die bedrohliche Entwicklung im Beschäftigungswesen nicht beachtet hat. Das mußte zu weitreichenden Konsequenzen führen. In einem Interview mit der Wirtschaftswoche vom 16. Dezember 1977 stellt Staatssekretär Engholm lapidar fest, „daß die Zukunftsperspektiven für Akademiker zum gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt als nicht sehr günstig eingeschätzt werden müssen“.

Es ist nicht zu erwarten, daß sich ihre Aussichten in der Zukunft verbessern.

Quelle: BMBW

Während bisher der öffentliche Dienst (hier ist z. B. die Zahl der Lehrer in der Bundesrepublik Deutschland angegeben) etwa 65 % der Hochschulabsolventen aufnahm, werden es in Zukunft höchstens 15 % sein. Auch die Möglichkeit, in einem freien Beruf tätig zu werden, wird bei sinkender Bevölkerung geringer. Hochschulabsolventen werden daher in steigender Zahl versuchen, in der Wirtschaft eine Stellung zu finden.

Entwicklung der Studenten- und Geburtenzahlen



2. *Die Aufforderung an die Bundesregierung mit den ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten das Instrument der Bedarfsprognose nach Zahl, Qualifikationshöhe und fachlicher Spezialisierung und das System der Bildungs- und Berufsberatung auszubauen, damit den jungen Menschen eine richtig orientierte Bildung ermöglicht wird, die in eine adäquate Berufschance mündet.*

Bedarfsprognosen im akademischen Bereich waren halbwegs zuverlässig, solange Bund und Länder selbst etwa $\frac{2}{3}$ der Hochschulabsolventen in den öffentlichen Dienst übernahmen. Einen Expansionsbedarf im öffentlichen Dienst wird es in der Zukunft in diesem Maße nicht mehr geben. Zur Befriedigung des sogenannten Ersatzbedarfs werden in den 80er Jahren höchstens noch 15 % der Hochschulabsolventen übernommen werden können. Prognosen für freie Berufe oder für Berufsaussichten in der Wirtschaft sind heute deshalb so schwierig, weil bedingt durch die hohe Studentenzahl jeder Beruf, der heute als besonders chancenreich bezeichnet wird, gerade durch diese Prognose einen besonders starken Zulauf erhält. Dieser Erfahrungssatz gilt übrigens auch umgekehrt.

In der Wirtschaft gibt es wirklich langfristige qualitative Bedarfsplanungen noch nicht. Dies betrifft vor allem die Nachfrage nach Absolventen mit sogenannten qualifizierten Bildungsabschlüssen, wo man nicht über vier bis fünf Jahre hinaus plant und sich in der Regel sehr flexibel am Angebot des Arbeitsmarktes orientiert.

Dennoch gilt: je qualifizierter die Ausbildung, um so besser die Chance im Beruf. Dabei hat sich jedoch der Begriff der Qualifikation gewandelt. Der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagte dazu in seiner Antragsbegründung:

„Der Streit beginnt, wenn ich es richtig sehe, allerdings bei der Frage, was qualifizierte Ausbildung ist. Und hierzu will ich eines sehr deutlich sagen.

So sehr für einen Teil unserer Berufe die akademische Ausbildung unverzichtbar ist, so falsch ist es, die akademische Ausbildung generell für die gesamte Berufswelt als die besser qualifizierende anzusehen. Qualifikation besteht nicht nur aus akademischen Fähigkeiten, sondern auch in einem hohen Leistungsstandard praktischer, technischer, kaufmännischer, administrativer, kultureller und sozialer Befähigung. Für mich ist auch derjenige hochqualifiziert, der Hervorragendes in Facharbeit und Handwerk, in Handel und Verwaltung, in Technik, Kultur und Sozialarbeit leistet.“

3. *Reform des Laufbahnrechtes im öffentlichen Dienst, das im Rahmen des Artikels 33 des Grundgesetzes den differenzierten Bildungsgängen und Bildungsqualifikationen in flexibler Weise entsprechen muß. Berufseinstieg, Aufstieg und Beförderung müssen leistungsgerecht sein. Die Berufs- und Laufbahnstrukturen müssen durchlässiger gestaltet sein. Diejenigen, die eine ausgeprägt praxisorientierte Ausbildung erworben und sich in der Berufspraxis bewährt haben, sollen gegenüber Hochschulabsolventen prinzipiell nicht durch Berufs- und Laufbahnschranken benachteiligt werden. Die Bildungsabschlüsse sollen die Zuordnung zu den Laufbahn- und Besoldungsordnungen im öffentlichen Dienst nicht allein bestimmen.*

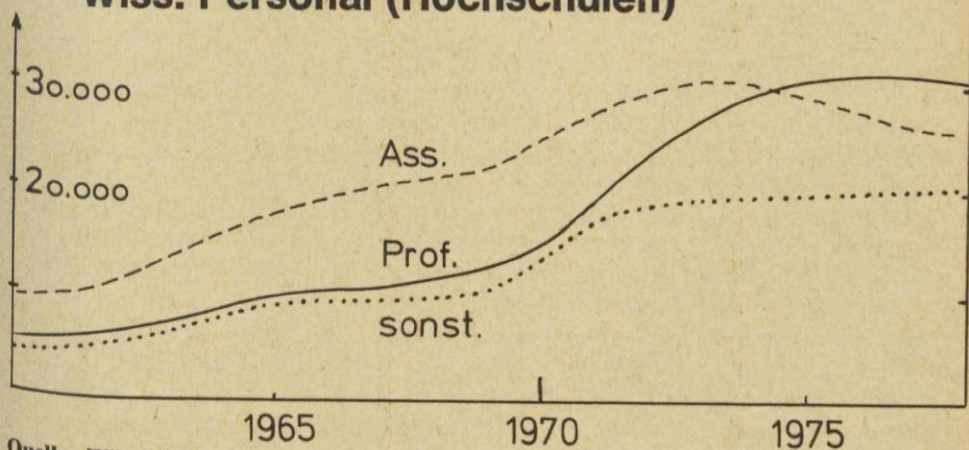
Der Hintergrund für diese Forderung: Ein Drittel der Studenten, die eine abgeschlossene Fachhochschulausbildung haben, versuchen ein Universitätsstudium anzuschließen, um statt der Eingangsstufe A 10 die Eingangsstufe A 13 im öffentlichen Dienst zu erreichen. Die Wirtschaft dagegen kennt diese starren Eingangsvoraussetzungen nicht:

Dort konkurrieren Diplomingenieure mit graduierten Ingenieuren, diplomierte und graduierte Volkswirte usw. um dieselben Positionen. Führungspositionen in der Wirtschaft sind rd. $\frac{3}{4}$ mit Praktikern besetzt, die häufig über betriebliche Fortbildungsmaßnahmen aufgestiegen sind. Nur etwa $\frac{1}{4}$ der Führungspositionen in der Wirtschaft sind mit Akademikern besetzt. Der Trend, daß z. B. die Zahl der Hochschulabsolventen stärker als die Zahl der Absolventen fachpraktischer Ausbildungsgänge steigt, widerspricht offensichtlich den Bedarfsrelationen der Wirtschaft.

4. *Die Forschungs- und Technologiepolitik muß zu einem Instrument entwickelt werden, das wesentliche Beiträge zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation leistet.*

Für den wissenschaftlichen Nachwuchs ist die Situation bedrohlich. Der rasche Ausbau der Universitäten, die starke Vermehrung der Professoren- und Dozentenstellen in den Jahren 1969 bis 1974 hat dazu geführt, daß die meisten Arbeitsplätze in Forschung und Lehre mit jungen Wissenschaftlern besetzt worden sind und in der Zukunft nur wenig neue Arbeitsplätze für weitere junge Wissenschaftler frei

Wiss. Personal (Hochschulen)



Quelle: WR

Zwischen 1970 und 1975 ist die Zahl der Professoren und Dozentenstellen der Hochschulen stark vermehrt worden. Ebenso wurde die Zahl der sonstigen wissenschaftlichen Mitarbeiter (akademische Räte etc.) vermehrt. In Zukunft wird es für Assistenten kaum noch Möglichkeiten geben, in den Hochschulen eine Dauerstellung zu finden.

werden. In derselben Zeit wurden die großen Forschungsinstitute weiter ausgebaut. Für die CDU ist die Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses von besonderer Bedeutung: Sie hat daher im Dezember 1978 konkrete Vorschläge vorgelegt. Dazu betonte Anton Pfeifer, daß ebenso wichtig wie die Grundlagenforschung deren Umsetzung in den Produktionsprozeß ist. Erst daraus erwächst für die Bundesrepublik Deutschland die Attraktivität des Exports.

5. *der verstärkte Ausbau von adäquaten Ausbildungsgängen im beruflichen Bildungswesen als Alternative zum Hochschulstudium.*

Damit unsere Industrie und die mittelständische Wirtschaft die Qualität ihrer Produkte und damit ihre Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt behaupten und ausbauen können, brauchen wir nicht nur Akademiker, sondern jetzt vor allem hochqualifiziert ausgebildete Facharbeiter, Techniker, Handwerksmeister usw.

Daß auch der Bundeskanzler inzwischen vor dem drohenden Facharbeitermangel warnt, macht deutlich, daß die von der CDU/CSU seit langem verlangte grundlegende Kurskorrektur in der Bildungspolitik endlich auch in der Bundesregierung längst überfällige Lernprozesse in Gang gesetzt hat. Pfeifer bedauerte in diesem Zusammenhang, daß auch diese Legislaturperiode wieder mit dem Schlagwort „öffnet die Hochschulen!“ eröffnet wurde. Das Ziel muß jetzt sein, den Anteil der Jugendlichen ohne Berufsbildungsabschluß zu senken und die Zukunftschancen Jugendlicher mit praktischer Begabung zu einem zentralen Schwerpunkt in der Bildungspolitik zu machen.

Die Verantwortung der Bundesregierung

Um eine sinnvolle gesamtstaatliche Entwicklung des Bildungswesens zu gewährleisten, war der Bund 1969 durch eine Verfassungsänderung im Rahmen der sog. „Gemeinschaftsaufgaben“ an der Bildungsplanung beteiligt worden.

Doch die erwartete gemeinsame Planung von Bund und Ländern blieb ein Torso; denn die Bundesregierung versuchte zusammen mit den SPD-regierten Ländern „das Bildungsmonopol zu brechen“, wie es Willy Brandt formuliert hatte. Dies ist der Grund, weshalb es in so wichtigen Fragen wie der Schulorganisation und der Lehrerbildung bis heute im Bildungsgesamtplan des Bundes und der Länder zu keiner gemeinsamen Aussage kommen konnte.

Im Bildungsbericht 70 der Bundesregierung wurden utopische Ziele gesetzt: 50 % der Jugendlichen eines Jahrganges sollten das Abitur bekommen, 25 % sollten studieren.

Die Kultusminister der Länder, die von der Union regiert wurden, warnten 1971 vor überhasteten Änderungen im Bildungswesen und vermißten Untersuchungen über die Konsequenzen, die durch die geplante Bildungsexpansion verursacht würden.

Noch 1972 beschwichtigte der damalige Bildungsminister Dohnanyi (SPD): „Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß bis 1980 der Bedarf an Akademikern insgesamt höher sein wird als das Angebot — arbeitslose Akademiker in

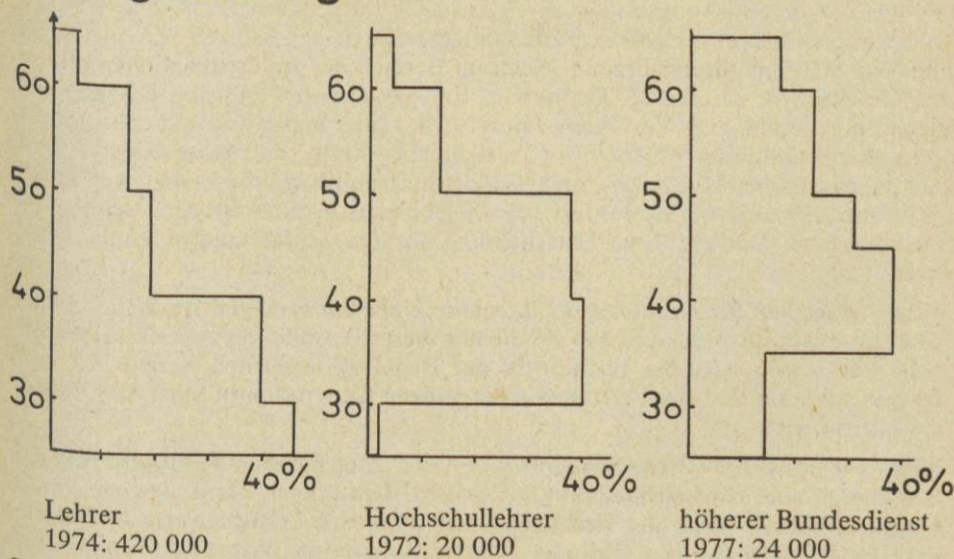
Massen sind heute nichts als ein Schreckgespenst . . . Ein Überschuß an Lehrern ist in den nächsten Jahren nicht zu befürchten.“

Im Frühjahr 1976 zog Bildungsminister Rhode (SPD) seine „bildungspolitische Zwischenbilanz“: „Soziale Ungleichgewichte im Bildungswesen bestehen nach wie vor . . . Unsicherheit und Skepsis gehen aber auch darauf zurück, daß Ungleichgewichte im Ausbau und drohende Fehlentwicklungen kritisch bewertet werden . . . Der Ausbau der Hochschulen erfolgt im wesentlichen ohne die notwendigen Veränderungen im Studiensystem. Die Entwicklung der vergangenen Jahre war dadurch gekennzeichnet, daß die Universitäten auf die wachsenden Studentenzahlen weitgehend unvorbereitet waren. Der Übergang zur ‚Massenuniversität‘ ist auch heute weder inhaltlich noch organisatorisch vollzogen.“

In einem Aufsatz in der „Welt“ vom 8. Juni 1976 „Bankrott des Aufstiegsideals: Ein Heer von arbeitslosen Akademikern“ räumt der frühere Bildungsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Professor Lohmar, ein:

„Die Fixierung der Sozialdemokraten auf den Aufstiegskanal von Abitur und Studium verrät das Bedürfnis, inhaltlich an dem akademischen Karrieremuster

Altersgliederung



Quelle: BLK, WR, Stat. BA

Das Durchschnittsalter der Beamten und Angestellten im höheren Dienst ist ab 1969 stark gesunken. In den Hochschulen sind zwischen 1972 und 1977 noch weitere 10 000 junge Dozenten und Professoren berufen worden. Daher werden in den nächsten Jahren relativ wenige Planstellen für den höheren Dienst durch Erreichen der Altersgrenze frei.

der Vergangenheit festzuhalten und zugleich daran zu partizipieren. Wäre man von der Gleichwertigkeit beruflicher Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten — nicht von ihrer Gleichheit — ausgegangen, dann hätten sich wohl nicht so viele Eltern und Jugendliche auf das einseitige Karrieremuster von Abitur und Studium festgelegt.“

Die hohen Erwartungen, die eine sozial-liberale Bundesregierung 1969 geweckt hat, müssen nun von Bildungsminister Schmude (SPD) enttäuscht werden: „Wir sollten uns alle gemeinsam bemühen, denjenigen, die die Chance einer akademischen Ausbildung haben und wahrnehmen, klarzumachen, daß dies keine gesicherte Anwartschaft, erst recht keinen Anspruch auf eine besser bezahlte Stellung herkömmlicher Art bedeutet, sondern daß sie da in einem Risiko, in einem Wettbewerb stehen, der es erforderlich machen kann, auch auf einem niedrigen Niveau einzusteigen. Während wir darüber reden, geschieht es in der Praxis tagtäglich und ohne die von ihnen befürchtete oder an die Wand gemalte Enttäuschung, weil sich junge Menschen auf die Situation einrichten.“ (So in seiner Stellungnahme zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion zu den Zukunftschancen der Jugend am 18. Januar 1979 im Bundestag.)

Nun ist es zwar grundsätzlich richtig, daß ein Anteil der Hochschulabsolventen von 25 % am Altersjahrgang nicht mit den gleichen Führungspositionen, den gleichen Berufschancen und den gleichen Einkommenserwartungen rechnen kann wie ein Anteil von 6 % am Altersjahrgang. Auch im Bereich der Industrienationen gibt es keine Gesellschaft, die für 25 % ihrer im Erwerbsalter befindlichen Bevölkerung Führungspositionen zur Verfügung hätte. Die Täuschung und die berechtigte Enttäuschung der jungen Generation besteht aber darin, daß diese Einsicht von sozialdemokratischen Bildungs- und Gesellschaftspolitikern erst jetzt verkündet wird, während man vor 10 Jahren Jugendliche und Eltern mit dem Schlagwort „Aufstieg durch Bildung“ zur Entscheidung für die Hochschulausbildung überredete.

Junge Menschen über rund zwei Jahrzehnte einer aufwendigen Ausbildung darüber im unklaren zu lassen, daß sie die mit dieser Ausbildung angestrebte berufliche und gesellschaftliche Position in der Regel nie erreichen werden, ist eine Irreführung, mit der das Vertrauen einer ganzen Generation in Staat und Politik erschüttert wird.

Nicht nur das sozialistische Schlagwort von der „gleichen Schule für alle“ die auf Begabung keine Rücksicht nimmt, verweigert dem jungen Menschen die Chancengerechtigkeit. Auch der Ruf nach einer planlosen „Öffnung der Hochschulen“ weist einem großen Teil der jungen Generation eher den Weg in eine Sackgasse als in eine ermutigende berufliche Zukunft.